

Antworten der Partei:

- | | |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> SPD, Kreisverband Hameln-Pyrmont | <input type="checkbox"/> Die Linke, Kreisverband Hameln-Pyrmont |
| <input type="checkbox"/> CDU, Kreisverband Hameln-Pyrmont | <input type="checkbox"/> AfD, Kreisverband Hameln-Pyrmont |
| <input type="checkbox"/> FDP, Kreisverband Hameln-Pyrmont | <input type="checkbox"/> Die Basis, Kreisverband Hameln-Pyrmont |
| <input type="checkbox"/> Bündnis 90/Grüne, Kreisverband Hameln-Pyrmont | |

Formuliert von: Constantin Grosch

Wahlprüfsteine des Vereins Denkanstoß Hameln e.V. (in Gründung) zur Nds. Landtagswahl 09.10.2022 (Wahlkreis 38 Hameln/Rinteln)

Klimawandel

1. Welche drei wichtige Maßnahmen sollte nach Ihrer Ansicht im Weserbergland zügig umgesetzt werden, um den fortschreitenden Klimawandel einzudämmen?

Antwort:

1. Wassermanagement und Schaffung von Sickerflächen
Das Weserbergland ist (noch) nicht von längerfristigen Dürren betroffen. Die geografische Lage bringt uns gute Erdbedingungen für Wald, Wiesen und Natur. Die zunehmenden Starkregenereignisse, niederschlagsarme Perioden im Sommer und die Wasserentnahme aus dem Grundwasser führen zu verschiedenen Problematiken. Daher braucht es ein weitreichendes Wassermanagement, welches sowohl Schutz vor den Auswirkungen des bereits erfolgenden Klimawandels bringt, als auch Wasser sammelt und in der Region bindet.
2. Stärkung und Zusammenarbeit mit dem ISFH
Mit dem ISFH, Phoenix Contact und anderen Institutionen, haben wir im Weserbergland weltweit führende Organisationen im Bereich Solar und Elektrotechnik. Diese Kompetenzen nutzen wir noch nicht ausreichend genug im Kontext der Transformation unsere heimische Wirtschaft. Wir werden daher einen strukturierten Wissenstransfer initiieren.

3. Genossenschaftlicher und staatlicher Ausbau der erneuerbaren Energien
Die Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energieanlagen wie Windräder und Solarfarmen müssen optimiert werden. Dazu zählt auch die Konzentration von Aufgaben und Personal an zentralen Stellen. Beim Ausbau müssen die Menschen vor Ort finanziell beteiligt werden. Dies kann durch Genossenschaften oder kommunale Fonds bewerkstelligt werden, die es auch ermöglichen, dass sich andere Organisationen der Zivilgesellschaft, wie bspw. dörfliche Vereine, beteiligen und langfristig von den Gewinnausschüttungen profitieren.

Armut

2. Nach Auswertungen des Landesamts für Statistik aus dem Frühsommer d. J. ist in Niedersachsen jede sechste Person von Armut bedroht. Dazu kommen neu die Energiepreis- und Inflationsauswirkungen. Mit welchen drei wichtigen Maßnahmen wollen Sie als Mitglied des Niedersächsischen Landtages diesen Menschen im Weserbergland helfen?

Antwort:

Miet- und Bildungskosten senken

Wir werden eine eigene Landesgesellschaft für sozialen Wohnungsbau gründen und dort 1 Mrd. Euro für neuen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Damit soll das Wohnungsangebot verbessert und Mietpreissteigerungen aufgrund knappen Angebots verhindert werden. Im Bereich der Bildung werden wir die digitale Lernmittelfreiheit einführen, die viele Familien entlasten wird, sowie uns für ein kostenloses Schulmittagessen einsetzen.

Energiekostendeckel und Härtefallfonds ausweiten

Es braucht dringend einen Energiekostendeckel für den Grundbedarf. Trotz der Entlastungspakete werden die sich erhöhenden Gaspreise viele Menschen existenziell bedrohen. Der Staat muss hier in den Markt eingreifen. Ferner muss der vorgesehene Härtefallfond des Landes ausgeweitet werden.

Kindergrundsicherung

Besonders Kinder und Familien sind die Ersten, die von Krisen betroffen sind. Es braucht daher endlich eine Kindergrundsicherung, die das kindliche Existenzminimum unabhängig von den Eltern garantiert.

Wirtschaft

3. Fast in allen Wirtschaftsbereichen fehlen Fachkräfte. Was kann dagegen Ihrer Meinung nach im Weserbergland, getan werden?

Antwort:

Zuwanderung organisieren

Deutschland weist in den kommenden Jahren einen Arbeitskräfteschwund aufgrund von Auswanderung und der Differenz von Renten- und Berufseintritten von ca. 1 Mio. Arbeitskräften pro Jahr aus. Ohne zusätzlich Zuwanderung werden viele – auch systemkritische – Stellen unbesetzt bleiben. Deshalb müssen wir Zuwanderungshürden abbauen.

Unverzögliche Arbeitserlaubnis und schnellere Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Völlig aus der Zeit gefallen ist die oft späte Vergabe von Arbeitserlaubnissen. Diese müssen unverzüglich erteilt werden. Bildungsabschlüsse müssen ebenfalls schneller anerkannt werden.

Quereinstieg zulassen und fördern

In unserer Gesellschaft schlummern aber auch jetzt schon riesige Potenziale. Oftmals sind Biografien aber so, dass sie die formalen Voraussetzungen für Arbeitsstellen nicht erfüllen. Wir wollen den beruflichen Quereinstieg explizit fördern und mehr Aus- und Weiterbildung „on the job“ ermöglichen.

Mobilität

4. Welche drei konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, damit im Weserbergland die Mobilitätswende gelingt?

Antwort:

1. Verbundübergreifendes Ticket für den ÖPNV

Im ländlichen Raum und besonders in Hameln-Pyrmont sind nicht die Ticketpreise die größte Hürde bei der Nutzung des ÖPNV, sondern das mangelnde Fahrangebot – obwohl dies schon deutlich besser als in unseren Nachbarkreisen ist. Trotzdem hat das 9€-Ticket gezeigt, dass durch ein verbundübergreifendes Ticket eine weitere Hürde fällt: komplizierte Systeme und sich addierende Ticketpreise. Daher führen wir ein landesweites Nahverkehrsticket ein.

2. Prüfung der Reaktivierung von Bahnstrecken und Vorratskauf von radverkehrrelevanten Flächen

Neben der Finanzierung mangelt es beim Ausbau des Radverkehrsnetzes auch an der Zurverfügungstellung der entsprechenden Flächen. Selten liegen die drei Voraussetzungen (vorhandene Planung, gesicherte Finanzierung und zum Kauf

stehende Flächen) zum Bau von Radwegen gleichzeitig vor. Daher müssen Vorratskäufe aus vorhandenen Radverkehrsfinanzierungen ermöglicht werden und Planungen auch bei noch fehlenden Flächen vorangetrieben werden. Daneben ist gerade im Weserbergland zu prüfen, inwiefern die Strecken Hameln-Bodenwerder und Rinteln-Schaumburg für den Personenverkehr reaktiviert werden können.

3. Finanzierungsalternative für den ÖPNV zur Ausweitung des Angebots

Zur Ausweitung des Fahrangebotes des ÖPNV und der Umstellung auf alternative Antriebsformen bedarf es einer besseren Finanzierung. Die Erhöhung von Ticketpreisen stellt keine Alternative dar und Einsparpotenziale sind kaum vorhanden. Wir wollen mehr Geld für den ÖPNV bereitstellen. Gleichzeitig sollten die Aufgabenträger die Möglichkeit erhalten, solidarische Finanzierungsformen wie umlagefinanzierten, ticketlosen ÖPNV einzuführen. Dies scheidet derzeit an einer fehlenden Rechtsgrundlage.

Menschen mit Behinderungen

5. Wie wollen Sie die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in unsere Gesellschaft weiter vorantreiben?

Antwort:

Im Bereich der Bildung müssen inklusive Kitaangebote ausgebaut werden und verstärkt auf multiprofessionelle Teams in Schulen eingesetzt werden. Dazu zählen besonders auch Poolbildungen von Integrationshelfern an Schulen. Den individualrechtlichen Anspruch eines Kindes wollen wir dabei nicht einschränken. Die vorhandenen personellen Ressourcen aus Förderschulen sind peu à peu an Regelschulen zu überführen.

Im Bereich des Arbeitsmarktes bedarf es einer Reform des Werkstattsystems. Niedersachsen kann sich hier als Pilotland beim Bund anbieten. Es bedarf einer regelmäßigen und externen Beratung und Unterstützung der in Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderungen, den Abbau von falschen Anreizsystemen für die Wirtschaft und eine u. a. an der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt abhängigen Vergütung für die Werkstätten.

Im privatwirtschaftlichen Bereich sind Unternehmen zu angemessenen Vorkehrungen im Bereich der Barrierefreiheit zu verpflichten. Das Verwehren von Dienstleistungen und das Verunmöglichen des Konsums von Produkten aufgrund fehlender Barrierefreiheit muss verschiedensten Branchen nach einer Übergangszeit als Diskriminierung und entsprechender Rechtsfolgen angesehen werden. Insbesondere ist die Gesundheitswirtschaft und der Wohnungsbau noch intensiver auf verpflichtende Barrierefreiheit auszurichten.

Umwelt

6. Die Artenvielfalt geht deutlich zurück. Auch in Deutschland. Wie stehen Sie zum Konflikt Anbauflächen versus Naturschutzflächen?

Antwort:

7. Nicht „Entweder-oder“, sondern die Frage muss lauten, wie bekommt man beides hin. Wir benötigen sowohl mehr Naturschutzflächen als auch eigene Anbauflächen, das zeigt die aktuelle Krise sehr deutlich.
Die inhaltlichen Grundlagen für mehr Artenschutz und Biodiversität hat die SPD beispielsweise über die Verabschiedung der vereinbarten Regelungen zum Niedersächsischen Weg in der letzten Legislaturperiode geschaffen, bei dem Naturschutz und Landwirtschaft gemeinsam gedacht werden. Nun werden wir die Grundlagen für eine möglichst schnelle und flächige Umsetzung der Vereinbarungen schaffen.

Schule

8. In unserem Bundesland fehlen nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aktuell rund 7.000 Lehrkräfte. Das führt zu erheblichen Unterrichtsausfällen. Was muss aus Ihrer Sicht getan werden, damit die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen deutlich besser wird?

Antwort:

- Der Beruf muss attraktiver werden. Die Anhebung auf A13 für alle Lehrkräfte ist dafür ein wichtiger Schritt und verhindert die Abwanderung in benachbarte Bundesländer. Es braucht aber auch ein attraktives Arbeitsumfeld. Deshalb muss Schule ein moderner Ort des Lernens sein, sowohl was die Ausstattung angeht als auch die Gebäude. Dafür sind Investitionen sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene wichtig. Wie bereits erwähnt, wollen wir Quereinstiege erleichtern, besonders auch im schulischen Bereich. Multiprofessionelle Teams wirken im Übrigen auch hier. Im Studium braucht es zudem mehr und früher Praxisbezüge.

Sicherheit, Kriminalität

9. Die sogenannte Hasskriminalität hat in den letzten Jahren zugenommen. Welche Konzepte wollen Sie als Landepolitiker dagegen unterstützen?

Antwort:

Es bedarf mehr Aufklärung und Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen, wie beispielsweise HateAid. Ziel muss zunächst das Verhindern von Hass und Hetze sein. Dies geht nur durch die Förderung von Verständnis, Toleranz und das Aufzeigen von Folgen solcher Taten.

Die Sicherheitsbehörden benötigen dringend eine besser technische und personelle Ausstattung, um Hasskriminalität zu verfolgen. Das Land Niedersachsen hat viele neue Stellen zwar bereits geschaffen, diese decken aber noch nicht die neuen Herausforderungen der digitalen Welt ab.

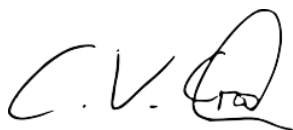
Zum Schluss muss aber auch die Justiz in die Lage versetzt werden schnell und konsequent gegen Hasskriminalität vorzugehen. Hier gibt es sowohl rechtliche Barrieren als auch mangelnde personelle Ausstattung.

Diese Antworten sind zur Veröffentlichung / Weitergabe an interessierte Wählerinnen und Wählern über die Medien / Homepage des Vereins / Digitale Medien freigegeben.

Datum:

16.09.2022

Unterschrift:



Rücksendung bitte an

Denkanstoß Hameln e.V. (in Gründung)

Am Borberg 13, 31787 Hameln

Mail: ralf.hermes@denkanstoss-hamelnde